

An alle
Orts- und Kreisverbände
sowie Gemeinderats- und
Kreistagsfraktionen
der Freien Wähler
im Land

Der Landesvorsitzende
Heinz Kälberer
Oberbürgermeister a.D.
Eichendorffstr. 131
71665 Vaihingen/Enz
Handy: 01716250387
E-Mail: elvira.kiehnle@web.de
18.10.2011

**Betr.: Stuttgart 21 und die Volksabstimmung
-Mitwirkung der Freien Wähler-**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 28. September hat der Landtag das von der Landesregierung eingebrachte Kündigungsgesetz abgelehnt und damit den Weg für eine Volksabstimmung geebnet. Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, am 27. November 2011 in einem Volkstentscheid darüber abzustimmen, ob ein Kündigungsgesetz, das die Landesregierung zu einer Kündigung des Bahnprojekts Stuttgart 21 auffordert, in Kraft treten kann.

In den letzten Wochen gab es viele Diskussionen über dieses Gesetz. Sowohl die kommunalen Landesverbände wie auch die Projektpartner und viele andere Beteiligte sind der Meinung, dass dieses Gesetz erheblichen rechtlichen Bedenken begegnet. Hinzu kommt, dass weder ein vertragliches noch ein außerordentliches Kündigungsrecht besteht. Ein vertragswidriger Ausstieg durch das Land führt voraussichtlich zu drastischen Schadensersatzforderungen der Bahn. In der Schlichtung hat die Prüfung durch drei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bereits ergeben, dass ein Ausstieg zwischen 1 und 1,5 Milliarden Euro kosten würde. Die Ausstiegskosten sind seitdem weiter gestiegen.

Unabhängig von den rechtlichen Fragen, muss es jedoch das Ziel sein,

die Volksabstimmung zu gewinnen.

Bei Stuttgart 21 geht es auch um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und wie künftig mit parlamentarischen Entscheidungen und darauf basierenden Verträgen bei großen Infrastrukturvorhaben umgegangen wird.

Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, aber auch aus den Bereichen Sport, Soziales und Kultur und viele Initiativen haben sich daher im Verein Pro Stuttgart 21 e.V. zusammengeschlossen, um in der Öffentlichkeit dafür zu werben, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Volksabstimmung teilnehmen.

1,5 Milliarden sind zuviel für Nichts.

Um im Ergebnis erfolgreich zu sein, ist die Errichtung einer zentralen Plattform wichtig, die alle Aktivitäten koordiniert und eine überparteiliche Kampagne initiiert. Der Verein soll

diese Plattform bilden und damit vor allem auch das bürgerschaftliche Engagement vor Ort stärken und unterstützen.

Im Vorstand sind neben Vertretern der Wirtschaft, der kommunalen Landesverbände und der unterstützenden politischen Parteien auch die Freien Wähler mit mir vertreten. Einer der drei Geschäftsführer des Vereins ist der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion der Freien Wähler in der Region Bernhard Maier, Landrat a.D. Die Geschäftsführer haben den Auftrag, die Koordinierung, Steuerung und Unterstützung der örtlichen Aktivitäten sicherzustellen.

Die Freien Wähler als stärkste kommunalpolitische Kraft, dürfen und wollen sich einer aktiven Beteiligung an einer unserer wichtigsten Zukunftsfragen nicht verschließen.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm verbinden die stärksten Wirtschaftsräume im Südwesten: Mannheim, Stuttgart und Ulm.

Das Bahnprojekt bringt Investitionen ins Land. Während der Bauphase werden rund 7Mrd Euro investiert.

Der volkswirtschaftliche Nutzen aus dem Bahnprojekt überwiegt die Aufwendungen um ein Vielfaches. Allein die privatwirtschaftlichen Investitionen während der Bauzeit machen das Vierfache des Engagements des Landes aus.

Ein Ausstieg des Landes würde kein einziges der anderen Bahnprojekte im Land (Gäubahn, Rheinschiene) beschleunigen. Im Gegenteil: Die für den Schadensersatz vom Land aufzubringende Summe würde für diese Projekte genauso wie für die Förderung von Kindergärten, Schulen und Straßen fehlen...

Ich möchte Sie heute herzlich bitten, die Aktionen zur Ablehnung des Gesetzes kräftig zu unterstützen. Ungeachtet ernstzunehmender verfassungsrechtlicher Bedenken gegen die Volksabstimmung, ist sie auch eine Chance, im Streit um S 21 einen Schlusspunkt zu setzen.

Wer für Stuttgart 21 ist muss bei der Volksabstimmung mit Nein stimmen, da über das Kündigungsgesetz abgestimmt wird.

Alle weiteren Informationen über Werbematerialien (Plakate, Buttons, Aufkleber usw) finden Sie auf der homepage des Vereins PROStuttgart-21.de. Dort werden auch Bestellungen entgegengenommen. Die Plakataktion im Land wird im wesentlichen von den Orts- und Kreisverbänden der CDU und der FDP übernommen. Wo es örtlich keine Organisationen dieser Parteien gibt, ist der Einsatz der Freien Wähler, um eine landesweite Durchdringung zu erreichen, unabdingbar. Bitte stimmen Sie sich auf Orts-bzw.Kreisebene mit diesen Organisationen ab.

Der Landesvorstand bittet Sie im Interesse der Sache herzlich um Ihre engagierte Mitwirkung und um eine Darstellung unserer Position in der lokalen Öffentlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

